

Scharfe Kritik an Windkraft-Vorschlag

Runder Tisch kontert Vorstoß von Landrat Müller

■ **Paderborn** (ph). Landrat Manfred Müller hatte sich in einem Schreiben an Ministerpräsidentin Hannelore Kraft dafür eingesetzt, dass in NRW schnellstens neue Regelungen für den Bau von Windkraftanlagen auf den Weg gebracht werden sollten. Ganz besonders mit Blick auf neue Mindestabstände zur Wohnbebauung.

Müllers Vorschlag: Das Siebenfache der Gesamthöhe einer Windkraftanlage, macht unterm Strich ein Abstand von 1.400 bis 1.500 Meter. Hintergrund ist der Berliner Koalitionsvertrag, der eine Länderöffnungsklausel enthält, nachdem die Länder künftig solche Abstände festlegen könnten. Eine solche Möglichkeit gab es vorher nicht. Damit stellt sich Müller auch auf die Seite zahlreicher Bürgerinitiativen, die ebenfalls für größere Mindestabstände plädieren.

Deutlich differenzierter sieht die Problematik allerdings der „Runde Tisch 100 Prozent Erneuerbare Energien“. Ihr Sprecher Jürgen Wrona konterte jetzt den Vorstoß von Müller und holte dabei zu harscher Kritik am Landrat aus: „Wir verstehen zwar Ihr Bemühen, zur Steigerung der Akzeptanz, einen Kompromiss zwischen den energiepolitischen Notwendigkeiten und den Erwartungen der Anti-Windkraft-Bürgerinitiativen zu finden. Ihr Abstandsvorschlag und die sich daraus ergebenden Konsequenzen für die Energiewende auf Landes- und Kreisebene sind allerdings nicht durchdacht und aus Sicht des Klimaschutzes fatal“, kritisiert Wrona und fürchtet gar: „Mit Ihrem Vorschlag laufen Sie Gefahr, vom Fürsprecher zu einem Bremser der Energiewende in Nordrhein-Westfalen und im Kreis

Paderborn zu werden.“

Ausführlich blickt Wrona in seinem Schreiben an Manfred Müller auf die Vorgeschichte der Länderöffnungsklausel zurück und kommt letztlich zu dem Schluss, dass die Klausel in Berlin lediglich der „Koalitionsarithmetik“ geschuldet sei, bei der drei Vertragspartner unter einen Hut zu bringen seien.

Bisherige Regelungen würden laut Rechtsprechung, laut Petitionsausschuss des Bundestages und laut der Mehrheit des Bundesrates sogar ausreichen. Außerdem würde ein Mindestabstand von 1.400 Metern dafür sorgen, dass auch in NRW dann nur noch „sehr begrenzt“ Anlagen gebaut werden dürften. Damit käme, laut Wrona, der „dringend benötigte Ausbau der Windenergie in NRW weitgehend zum Erliegen“.

Mehr noch: Der Vorstoß von Landrat Manfred Müller dürfte sogar im Widerspruch zum Klimaschutzkonzept des Kreises Paderborn stehen, in dem wortwörtlich mit Blick auf die Windkraft formuliert werde: „Der Anteil der Vorrangflächen im Kreis Paderborn müsste deutlich gesteigert werden.“

Der Runde Tisch in seiner Presseerklärung: „Es ist enttäuschend, dass Sie sich – offenbar im Hinblick auf die anstehende Landratswahl – sachlich nicht gerechtfertigten, populistischen Forderungen beugen anstatt den Bürgern als Landrat und Genehmigungsbehörde die Vorsorgeorientierung des bestehenden Rechtsrahmens zu vermitteln und unbegründete Ängste vor einem Ausbau der Windenergienutzung sachlich fundiert auszuräumen.“ Fazit: Der Runde Tisch 100 Prozent Erneuerbare Energien hofft, „dass die Landesregierung dem Vorschlag von Landrat Müller eine Absage erteilt“.